



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > **SÖDER ERTEILT PLANUNGSAUFTRAG FÜR NEUBAU FÜR FINANZAMT OBERNBURG – Weiterer Schritt der Behördenverlagerung // In den Neubau zieht auch die neue Bearbeitungsstelle des Finanzamts Nürnberg-Nord ein**

# **SÖDER ERTEILT PLANUNGSAUFTRAG FÜR NEUBAU FÜR FINANZAMT OBERNBURG – Weiterer Schritt der Behördenverlagerung // In den Neubau zieht auch die neue Bearbeitungsstelle des Finanzamts Nürnberg-Nord ein**

8. Januar 2018

Die rund 30 Mitarbeiter/innen des Finanzamts Obernburg erhalten eine neue Unterkunft. In den Neubau werden zusätzlich die neuen Kolleginnen und Kollegen der Bearbeitungsstelle des Finanzamts Nürnberg-Nord einziehen. „Ein weiterer wichtiger Schritt der Behördenverlagerung. Im Rahmen des Konzepts „Regionalisierung von Verwaltung – Behördenverlagerungen“ wird der Standort Obernburg mit zusätzlichen 30 Arbeitsplätzen der neuen Bearbeitungsstelle des Finanzamts Nürnberg-Nord gestärkt“, stellte Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder anlässlich der Erteilung des Planungsauftrags für die Errichtung eines Neubaus mit. Damit werden die zurzeit in zwei Gebäuden untergebrachten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter künftig gemeinsam in modernen Büroräumen untergebracht. Der Neubau wird auf einem staatseigenen Grundstücksareal in Obernburg errichtet. Einen Teil der Grundstücke nutzt die Regierung von Unterfranken derzeit für eine Gemeinschaftsunterkunft, die für den Neubau zu gegebener Zeit abgebrochen wird. Die Kosten für das Bürogebäude werden auf rund 10,6 Millionen Euro geschätzt. Nach dem Vorliegen der Planung wird das Bauvorhaben dem Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags zur Entscheidung vorgelegt werden.

MdL Berthold Rüth, der auch Vorsitzender der Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ ist, freut sich, dass nun der Planungsauftrag erteilt wurde und wertet das als starkes Signal für die Stärkung des ländlichen Raumes und als eine deutliche Stärkung der Finanzverwaltung in Obernburg. Wichtig ist Rüth auch, dass der Finanzstandort Amorbach nicht in Gefahr ist.

Für den Neubau mit einer Nutzfläche von rund 1.700 m<sup>2</sup> stehen rund 5.100 m<sup>2</sup> Bauland auf den staatseigenen Grundstücken bei der Stadthalle zur Verfügung. Nach Fertigstellung des Finanzamts-Neubaus soll das dann freiwerdende denkmalgeschützte Stammgebäude des Finanzamts Obernburg in der Römerstraße 91 durch das Amtsgericht Obernburg nachgenutzt werden.

Das Konzept „Regionalisierung von Verwaltung – Behördenverlagerungen“ sieht insgesamt 64 Verlagerungsprojekte im Umfang von 3.155 Personen (2.225 Arbeits- und 930 Studienplätze) vor. Für Unterfranken sind neun Verlagerungsprojekte im Umfang von 346 Arbeitsplätzen vorgesehen. Startschuss für diese größte Regionalisierung von Behörden und staatlichen Einrichtungen der letzten Jahrzehnte war im März 2015. Alle Regierungsbezirke profitieren davon. Für die neuen Behördenstandorte wurden vorrangig Regionen ausgewählt, die im Raum mit besonderem Handlungsbedarf liegen und nicht im Rahmen der Hochschulinitiativen bereits umfangreich gefördert werden. Das Konzept ist Bestandteil der Heimatstrategie der Bayerischen Staatsregierung.

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

